



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt SPD**

Keine Verschwendung von Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag über den Stand der Lebensmittelverschwendung und -vernichtung in staatlichen Einrichtungen und bei staatlichen Veranstaltungen zu berichten,
- ein Konzept zu erarbeiten, wie bis zum Jahr 2025 in staatlichen Einrichtungen keine Lebensmittel mehr weggeworfen werden. Dieses Konzept soll einerseits Möglichkeiten zur bedarfsgerechteren Anschaffung von Lebensmitteln aufzeigen, die eine überflüssige Anschaffung im Voraus minimieren, andererseits – wo möglich – zusätzliche Wiederverwertungs- und Weitergabewege (beispielsweise an die Tafeln) für überflüssige Lebensmittel darlegen und
- sich politisch auf allen Ebenen dafür einzusetzen, bestehende rechtliche Hürden zur Weiterverwertung und Weitergabe von Lebensmitteln abzubauen.

Begründung:

Laut einer Studie des World Wide Fund For Nature (WWF) werden in Deutschland jährlich 18 Mio. Tonnen Lebensmittel vernichtet. Das ist ein Drittel der gesamten Produktion! Dies ist nicht nur ethisch äußerst problematisch, sondern bedeutet auch einen immensen Verbrauch von Ressourcen.

In Bayern enden pro Person und Jahr durchschnittlich 65 kg Lebensmittel im Wert von rund 200 Euro im Abfall. Zwei Drittel dieser Lebensmittelabfälle wären dabei laut Expertenschätzungen eigentlich vermeidbar.

Bis 2030, so das Ziel der Vereinten Nationen, soll die Lebensmittelvernichtung um 50 Prozent gesenkt werden. Frankreich hat bereits seit Jahren ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung, in dem festgelegt wurde, dass große Händler unverkaufte Waren an gemeinnützige Organisationen spenden sowie ungenießbare Waren einer energetischen Nutzung zuführen oder kompostieren müssen. Auch Tschechien hat sich an diesen Regelungen orientiert und seit 2019 die Lebensmittelverschwendung gesetzlich reglementiert.

Auch in staatlichen Einrichtungen hierzulande werden Lebensmittel verarbeitet und verkauft, auch hier müssen überflüssige und übriggebliebene Lebensmittel entsorgt werden. Innerhalb seines Einflussbereichs sollte der Freistaat, so fordert es dieser Antrag, hierüber eine Erhebung durchführen und eine Strategie entwerfen, die verhindert, dass Lebensmittel zukünftig noch „in der Tonne“ landen.